



DIE WTO IN KRISENZEITEN

Chancen für die sozial-ökologische Transformation der Handelspolitik?

Das Coronavirus versetzt im Moment nicht nur die Börsen in Panik und lässt Selbstständige um ihre Existenzen bangen. Auch der Welthandel ist stark eingebrochen und ganze Lieferketten kommen zum Erliegen. Gleichzeitig legen Regierungen rund um den Globus Milliardenprogramme zur Rettung der Wirtschaft auf. Diese Krise hat die Welthandelsorganisation (WTO) sehr früh nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch beeinflusst: Bereits Mitte März hat die WTO entschieden, aufgrund der Corona-Pandemie ihre nächste Ministerkonferenz frühzeitig abzusagen. Die 12. Ministerkonferenz der WTO sollte eigentlich im Juni 2020 in Nursultan, der Hauptstadt Kasachstans, abgehalten werden. Noch ist unklar, wann und unter welchen Umständen das höchste Entscheidungsgremium der WTO das nächste Mal zusammenkommen wird. Aber kann diese Krise auch eine Chance darstellen?



Olga Subach/Unsplash

Schon vor dem Corona-Virus steckte die Welthandelsorganisation tief in der Krise: Bereits seit Dezember 2019 besteht das Berufungsgericht, Teil des Konfliktlösungsmechanismus der WTO, nur noch aus einer einzigen Person und ist nicht mehr arbeits- und entscheidungsfähig. Grund dafür ist die Blockadehaltung der USA gegenüber der Nominierung neuer RichterInnen. Schon im Wahlkampf hatte Donald Trump gegen die WTO gewettert. Die USA hat sich jedoch schon vor seiner Präsidentschaft gegen eine Neubesetzung gesperrt. Es gibt bereits Initiativen für ein Ersatz-Handelsgericht. Die USA sind an diesen Bestrebungen jedoch nicht beteiligt.

Viele Medien beschwören inmitten von Donald Trumps Handelskriegen und des Brexit-Chaos die Krise des Multilateralismus. Eine Krise, in der die neoliberale Handelsagenda der WTO und der Europäischen Union (EU), welche die Interessen der Länder des Globalen Südens, Umwelt- und Klimaschutz und Sozialstandards mit Füßen tritt, vielen auf einmal als das kleinere Übel erscheint. Aber kann die aktuelle Krise möglicherweise auch eine Chance für eine sozial-ökologische Transformation des internationalen Handelsregimes bilden?

Rückblick auf die letzte Ministerkonferenz in Buenos Aires

Die 11. WTO-Ministerkonferenz fand vom 10. bis 13. Dezember 2017 in Buenos Aires statt und endete ohne besonders zielführende Ergebnisse. Nicht mal eine

gemeinsame Abschlusserklärung konnte verabschiedet werden. Eine Vereinbarung über den Abbau von Fischerei-Subventionen wurde zum wiederholten Mal aufgeschoben.

Zum Abschluss der 11. Ministerkonferenz gab es nur vier gemeinsame Erklärungen zu Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen, Investitionserleichterungen, E-Commerce und innerstaatlicher Regulierung, denen sich jedoch nicht alle Staaten angeschlossen haben. Der US-amerikanischen Handelsbeauftragte Robert Lighthizer reiste bereits vor Ende der WTO-Konferenz ab und teilte der WTO im Anschluss über Twitter eine Absage.

Die sozialen Bewegungen waren in Buenos Aires während der Ministerkonferenz überall präsent. Neben einem international aufgestellten zweitägigen Alternativgipfel sowie einem Festival vor dem argentinischen Kongress fand auch eine großangelegte Demonstration statt. Diese verschamm mit den im selben Zeitraum stattfindenden Protesten gegen die neoliberalen Renten- und Arbeitsmarktreformen der Regierung Macri und verlied den Forderungen der sozialen Bewegungen nach einer Abkehr von einer auf die Interessen international agierender Konzerne ausgerichteten Handelspolitik zusätzlich Kraft. Medienaufmerksamkeit und Kritik an der argentinischen Regierung gab es auch dafür, dass etwa 65 akkreditierten Personen aus Medien und Nichtregierungsorganisationen (NGO), wie beispielsweise dem BUND, im Vorfeld der Ministerkonferenz die Teilnahme bzw. eine Einreise nach Argentinien zunächst untersagt wurde. Zwei Personen wurden dann tatsächlich an der argentinischen Grenze abgewiesen.

Offengebliebene Themen: Fischereisubventionen

Die Auswirkungen des Fischfangs auf Meeresökosysteme sind verheerend. Fischereisubventionen tragen weltweit zu dieser Umweltzerstörung bei – etwa 40 Prozent des weltweiten Fischfangs werden international gehandelt. Unter der Überfischung leiden neben der Umwelt vor allem FischerInnen in Küstenregionen sogenannter Entwicklungsländer, während subventionierte Schiffe aus Industrieländern ihre Bestände ausschöpfen. Laut der Meeresstiftung werden zwei Drittel aller Fischereisubventionen in Industriestaaten vergeben, vor allem durch Japan, die EU und die USA.¹

Schon seit Jahrzehnten wird deshalb im Rahmen der WTO versucht, schädliche Fischereisubventionen abzuschaffen. Die globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDG) setzen sich als 14. Ziel, Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu erhalten und nachhaltig nutzen. Eines der Unterziele, Ziel 14.6, legt explizit fest, bis 2020 bestimmte Formen der Fischereisubventionen zu untersagen, die zu Überkapazitäten und Überfischung beisteuern, sowie Subventionen abzuschaffen, die zu illegaler, ungemeldeter und nicht regulierter Fischerei beitragen, und keine neuen derartigen Subventionen

einzuführen. In Argentinien kam es in diesen Punkten zu keiner Einigung. Diese sollte eigentlich auf der 12. Ministerkonferenz im Sommer 2020 in Kasachstan erzielt werden und wird nun noch weiter hinausgeschoben.

Elektronischer Handel (E-Commerce)

E-Commerce umfasst die Herstellung, Verteilung, Vermarktung, den Verkauf oder die Lieferung von physischen und digitalen Waren und Dienstleistungen mit elektronischen Mitteln. Weil es in Argentinien keine Einigung zu einem multilateralen Abkommen zum Thema E-Commerce gab, verhandeln 76 WTO-Mitglieder – darunter die EU, die USA, Australien, Singapur und Japan – im Moment außerhalb der WTO ein Handelsabkommen zu E-Commerce. Bereits seit 1998 gibt es innerhalb der WTO ein Arbeitsprogramm zum elektronischen Handel, seitdem besteht ein Moratorium auf Zölle in diesem Bereich. Bei den Verhandlungen besteht vor allem das Risiko, dass die Macht großer Digitalkonzerne noch weiter ausgeweitet wird. Auch Datenschutzfragen könnten hier auf dem Verhandlungstisch landen. Da das Moratorium in diesem Bereich ausläuft, wird elektronischer Handel auch bei der nächsten Ministerkonferenz eine Rolle spielen.

Landwirtschaft

Die WTO ist seit ihrer Gründung bestrebt, den internationalen Agrarhandel zu liberalisieren und auszuweiten. Mit Gründung der WTO im Jahr 1995 trat auch das Landwirtschaftsabkommen (Agreement on Agriculture, AoA) in Kraft und regelt seitdem Exportsubventionen, den Marktzugang für landwirtschaftliche Produkte – also Zölle und Quoten – sowie interne Förderungen. Zuletzt wurden bei der 10. Ministerkonferenz 2015 in Nairobi direkte Exportsubventionen verboten. Die EU ging im Anschluss dazu über, in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Garantiepreise und Exportsubventionen durch Flächenprämien zu ersetzen. So werden durch die Bindung der Prämien an die Fläche der Betriebe noch immer große exportorientierte Agrarbetriebe bevorteilt, ohne gegen WTO-Regeln zu verstoßen.

Bei der letzten Ministerkonferenz in Argentinien versuchte insbesondere die Gruppe der 33 (G33) zu erreichen, dass es Entwicklungsländern erlaubt wird, Zollsätze im Agrarhandel über die bisher von der WTO festgelegte Grenze zu erheben, um lokale ProduzentInnen vor Importen beispielsweise aus der EU zu schützen. Diese Forderung ist ebenso am Widerstand der Industrieländer gescheitert, wie die Bestrebungen der G33, Produkte, die wichtig für die Ernährungssicherheit sind, von Verpflichtungen der WTO zur Liberalisierung auszunehmen. Beides sind offene Verhandlungspunkte geblieben.

Besondere und differenzierte Behandlung (SDT)

Die besondere und differenzierte Behandlung (Special and differential treatment) besteht aus einer Reihe an Bestimmungen, die sich aus dem Allgemeinen Zoll-

und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) ergeben. Diese Bestimmungen geben den sogenannten Entwicklungsländern bei einigen Regeln eine Schonfrist. Im Übereinkommen der Uruguay-Runde über die Landwirtschaft beispielsweise wird den Entwicklungsländern eine längere Frist für den schrittweisen Abbau von Exportsubventionen und Zolllenkungen gegeben.

Gemeinsam mit anderen Entwicklungsländern schlug die Gruppe der „am wenigsten entwickelten Länder“ (Least developed country, LDC) zur 11. Ministerkonferenz vor, in zehn Bereichen (z. B. Technologietransfer) über besondere und differenzierte Behandlung (SDT) zu verhandeln. Die Diskussionen endeten jedoch ohne eine Einigung, wie mit diesen Punkten weiter verfahren werden sollte. Die LDC, insbesondere die sogenannten ‚Cotton 4‘ (Benin, Burkina Faso, Tschad und Mali), hatten eingebracht, die Subventionen von Baumwolle durch andere Produzentenländer zu beenden. Wie bei allen anderen Aspekten des Agrarhandels gibt es jedoch nicht einmal eine Einigung über ein Verfahren, ob und wie hier weiterverhandelt werden soll.

Krise als Chance?

Noch ist vollkommen unklar, wo und wann die 12. Ministerkonferenz der WTO stattfinden wird und ob der Streitschlichtungsmechanismus reaktiviert werden kann. Aber Zeiten der Krise sind auch Chancen, um darüber nachzudenken, wie eine sozial-ökologische Alternative in der Handelspolitik ausgestaltet werden müsste: Diese sollte eine weltweite Lokalisierung von Wirtschaftsstrukturen vorantreiben. Sie würde transnationale Unternehmen auf Ebene der Vereinten Nationen verpflichten, grundlegende Umweltstandards und Menschen- und Arbeitsrechte einzuhalten. Außerdem müsste sie Strategien entwickeln, wie Länder des Globalen Nordens durch ihre Rohstoff- und Ressourcenpolitik absolute Verbrauchsgrenzen setzen sowie über eine konsequente Suffizienzpolitik ihren Konsum drastisch minimieren und über eine ökologische Industriepolitik ihre Produktion bei gleichzeitigen Ausgleichsmaßnahmen für die Beschäftigten einschränken. Wir sollten die Krise als Chance sehen und dazu nutzen, über Utopien nachzudenken und sie in die Debatte einzubringen!

 Lia Polotzek

Die Autorin ist Referentin für Wirtschaft und Finanzen beim BUND.

1 <http://www.meeresstiftung.de/stoppt-uberfischung/>.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2020



VERMARKTETE MEERE

WER VERDIENT AN DER ZERSTÖRUNG DER OZEANE?

FOLLOW THE PLASTIC MONEY!

Wer profitiert von der Verschmutzung der Meere?
› Seite 2

ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI

Warum schaffen wir es nicht, die Überfischung zu beenden?
› Seite 12

EIN TECHNOFIX FÜR DAS KLIMA?

Die Interessen hinter dem Geoengineering im Meer
› Seite 23

SEEMANN, LASS DAS TRÄUMEN!

Das Meer als Arbeitsplatz
› Seite 26

ISSN 1864-0982